

Grußwort

Klaus Kaiser
Parlamentarischer Staatssekretär
im Ministerium für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

anlässlich
der Informationsveranstaltung

**"Islam von Islamismus unterscheiden – Antimuslimischem
Rassismus begegnen!"**

9. November 2021, 08:30 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Einleitung: Der Islam gehört zu Deutschland

Sie alle werden den vielzitierten Satz „Der Islam gehört zu Deutschland!“ noch in Erinnerung haben.

2006 hat ihn Wolfgang Schäuble als damaliger Bundesinnenminister auf der ersten Islamkonferenz geäußert.

Vier Jahre später [2010] hat dies auch der damalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit getan. Er hat damals eindringlich dazu aufgerufen, die Vielfalt im Land zu schätzen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern - ein Aufruf, der auch heute noch aktuell ist.

Musliminnen und Muslime in NRW

Hier bei uns in Nordrhein-Westfalen leben ca. 1,8 Millionen Musliminnen und Muslime - mehr als in jedem anderen Bundesland. Sie sind Teil unserer Gesellschaft, identifizieren sich mit ihr, prägen sie und gestalten sie mit.

Und Musliminnen und Muslime in Nordrhein-Westfalen leisten auch eine wertvolle haupt- und ehrenamtliche Arbeit. In der Öffentlichkeit wird dieses Engagement jedoch selten oder nur unzureichend wahrgenommen.

Vielmehr scheint eher das Gegenteil der Fall zu:

Musliminnen und Muslimen wird zunehmend mit Skepsis und Vorbehalten begegnet. Bestimmte Stereotype gegenüber „dem Islam“, Negativzuschreibungen und Ängste drohen sich zu verstetigen. „Der Islam“ wird in Teilen der Gesellschaft zum pauschalen bedrohlichen Feind erklärt.

Völlig unbeachtet bleibt, dass damit der ganze Islam, der viel mehr und viel differenzierter ist, als einzelne extremistische Bewegungen, diffamiert und diskriminiert wird. Denn so vielfältig wie der Islam in seinen Ausprägungen ist, so vielfältig ist auch das Selbstverständnis der Musliminnen und Muslime, ihr Umgang mit Religion und ihre individuelle Religiosität.

Diese Unterscheidung zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus, mit seinen unbezweifelbar vorhandenen extremistischen Strömungen, findet im öffentlichen Diskurs jedoch kaum statt. Das muss sich ändern.

Begrüßung

Diese heutige Informationsveranstaltung

*„Islam von Islamismus unterscheiden – Antimuslimischem
Rassismus begegnen!“*

zu der ich Sie alle herzlich begrüße, soll dazu beitragen.

Wir wollen Sie heute einerseits sachlich über den Islam, Islamfeindlichkeit und den Islamismus informieren. Dabei geht es zunächst darum, vorurteilsfrei

- den Islam in seiner Vielfalt sowie die vielfältigen Lebensweisen von Musliminnen und Muslimen zu betrachten sowie
- extremistische Bestrebungen in den Blick zu nehmen, die sich auf den Islam berufen.

Darüber hinaus werden wir aber auch pädagogische Interventionsmöglichkeiten sowie Präventionsmaßnahmen im Bereich des Islamismus vorstellen und mit Ihnen gemeinsam diskutieren.

Denn, für Nordrhein-Westfalen gilt: Wir sind ein diskriminierungsfreies Land mit einer offenen und vielfältigen Gesellschaft.

Allen Bürgerinnen und Bürgern – egal welcher Nationalität oder Religion – muss das gleiche Recht auf freie Entfaltung und Achtung der Würde garantiert sein. Das gilt im verfassungsmäßigen-menschenrechtlichen Sinne genauso wie im alltäglichen Umgang.

Ausgrenzungen und Herabwürdigungen werden in unserem Land nicht unwidersprochen hingenommen. Extremismus treten wir entschieden entgegen.

Notwendigkeit ‚Politischer Bildung‘

Um aber Diskriminierungen zu entlarven und zu begegnen, bedarf es einem Bewusstsein für politische, geschichtliche und ethische Zusammenhänge. Es ist wichtig, dass wir uns mit kollektiven und eigenen Denk- und Handlungsweisen auseinandersetzen, dass wir reflektieren und den Austausch mit allen Beteiligten suchen.

Wir brauchen daher eine starke ‚Politische Bildung‘ und Weiterbildung, die Bürgerinnen und Bürgern die tatsächlichen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge aufzeigt. Nur so können Verschwörungsmymen und falsche Erzählungen aufgelöst, die Fundamente der Demokratie gefestigt und die Zivilgesellschaft gestärkt werden.

Mit der Landeszentrale für politische Bildung hat Nordrhein-Westfalen eine Einrichtung, die die Demokratie in unserem Land stärkt und die demokratische Kultur im Land fördert.

Der hohen Bedeutung demokratischer Werte

Denn die Errungenschaften unserer Demokratie dürfen nicht in

Frage gestellt werden. Unser Grundgesetz ist über 70 Jahre alt. Unsere Verfassung genießt weltweite Anerkennung. Sie gilt als eines der modernsten Regelwerke demokratischen Zusammenlebens. Nicht der Staat, sondern die Menschen stehen im Mittelpunkt.

Religionsfreiheit als Wesenszug der Demokratie

Und auch die Religionsfreiheit ist ein Wesenszug unseres Grundgesetzes und auch der Verfassung von Nordrhein-Westfalen. Religionsfreiheit garantiert allen Bürgerinnen und Bürgern den Freiraum, ihren Glauben friedlich zu leben.

Demokratie ist kein Selbstläufer

Umso wichtiger ist es, die Stärken der Demokratie zu betonen sowie die Gefahren zu benennen, die der Demokratie drohen.

Das Erstarken extremistischer Erzählungen, Strömungen und Bewegungen – dass uns durch rassistische Anschläge wie beispielsweise in Hanau schmerzlich vor Augen führt - ist aber nur eine Gefahr. Denn es gibt noch eine Vielzahl weiterer Bedrohungen: Globale Veränderungen, wie sie heute mit dem Klimawandel und den Fluchtbewegungen sichtbar werden, erzeugen weltweit Verunsicherung.

Diese Unsicherheit über das, was kommen könnte, kann aber zur Erstarkung extremistischer Tendenzen führen. Denn populistisches Gedankengut bietet scheinbar einfache Lösungen für komplexe Lebenszusammenhänge.

Darauf weist auch die Studie „**Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie**“ [2019] der Bertelsmann-Stiftung hin. Sie kommt diesbezüglich sogar zu dem Schluss, dass die Demokratie in Deutschland vor allem durch ablehnende Haltungen gegenüber Anhängern anderer Weltanschauungen bedroht ist. Speziell gelte dies für die Bedrohungswahrnehmung gegenüber Muslimen.

Extremisten gefährden die Demokratie

Dies zeigt einmal mehr: Wir müssen extremistische Bestrebungen, die sich auf den Islam berufen, als politisch motivierten, demokratiefeindlichen Extremismus behandeln.

Dabei müssen wir feststellen:

- die Anzahl von Gewalttaten hat zugenommen und
- Täterinnen und Täter werden immer jünger.

Der Soziologe Aladin El-Mafaalani führt [in seinem Beitrag „Protest, Provokation und Plausibilität“] die Attraktivität islamistischen Denkens

bei zugewanderten Jugendlichen auf die sogenannte „Enthaltbarkeit im Kollektiv“ zurück.

Wirtschaftlich benachteiligte Jugendliche könnten sich mit einem solchen Lebensentwurf leicht identifizieren und daran teilhaben. Er ermöglicht ihnen die Unterscheidung zu der bunten, konsumgeprägten Welt, zu der sie ohnehin keinen Zugang haben.

Diese Sichtweise biete, so El-Mafaalani, einerseits eine Kombination aus einer radikal gesellschaftskritischen Haltung und einer sichtbaren Provokation. Andererseits biete sie eine extreme Klarheit auf der alltagspraktischen Handlungsebene.

Diese Haltung führe nicht nur zur Anerkennung in der neuen Gruppe, sondern darüber hinaus auch zu einem Gefühl der Selbstwirksamkeit und Autonomie und zu einer aktiven Umkehrung des Ausgrenzungsprozesses.

Wer nicht an der „normalen“ Gesellschaft teilhaben kann, der gebe nicht viel auf, wenn er sich einer radikalen Gruppe anschließe.

Diese Thesen werden von der sozialwissenschaftlichen Konfliktforschung unterstützt, die gewaltsame Auseinandersetzungen meist auf strukturelle Widersprüche des kollektiven Zusammenlebens zurückführt.

Die Landesregierung hat sich deshalb bei der Bekämpfung des religiös begründeten Salafismus mit dem „Ganzheitlichen Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus“ breit aufgestellt.

Islamistische Radikalisierung vollzieht sich im Kontext globaler wie auch inländischer Konflikte. Neben Information, Aufklärung und Sensibilisierung ist politische Bildung daher gefordert, bestehende Konflikte zu bearbeiten und alle darin involvierten Gruppen einzubeziehen, um bestehenden Desintegrationserscheinungen entgegenzuwirken.

Konkret geht es darum, muslimfeindliche Ressentiments zu benennen sowie die gewaltfreie Austragung von Wertekonflikten zu ermöglichen. Es müssen Räume bereitgestellt werden, in denen

- das eigene Handeln reflektiert werden kann,
- Wege für Handlungsfähigkeit ausgelotet werden können sowie
- Ressourcen gegen Ohnmacht und Überforderung sowie Netzwerke der Peergruppenbildung gestärkt werden.

In diesen Zusammenhang bündelt das bei der Landeszentrale angesiedelte „Integrierte Handlungskonzept

gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ des Landes vielfältige Projekte und Maßnahmen. Es fördert auch die Vernetzung der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteure.

Das Kabinett hat 2020 beschlossen, das Handlungskonzept dauerhaft in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft fortzuführen und kontinuierlich an aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen anzupassen.

Daneben ist Qualifizierung erforderlich.

Beispielsweise wurde das Projekt

„Plan P – Jugend stark machen gegen salafistische Radikalisierung“

verstetigt. Dabei handelt es sich um ein landesweites Kompetenz- und Beratungsnetzwerk in den Regelstrukturen der Jugendhilfe.

Die Qualifizierungsreihe der Landeszentrale für islamische Institutionen baut Brücken zwischen Moscheegemeinden und Beratungseinrichtungen.

Informationen zum Themenbereich bündelt das Portal

„Gegen gewaltbereiten Salafismus“

der Landeszentrale.

Dort können Sie sich zum einen über thematische Hintergründe

informieren. Auch bietet das Portal Informationen über die vielfältigen Hilfsangebote der Landesregierung. Sie haben dort beispielsweise die Möglichkeit nach Projekten speziell für Jugendlichen zu suchen oder zu schauen, welche Angebote es in Ihrer Nähe gibt.

Schluss

Anrede,

für ein gelingendes Zusammenleben aller Menschen und den Erhalt unserer Demokratie sind kulturelle und religiöse Toleranz entscheidende Voraussetzungen. Großerzählungen sowohl auf der Seite der Extremisten als auch in der Gesellschaft gilt es stets kritisch zu hinterfragen.

Ich bin sicher, dass die heutige Veranstaltung einen wertvollen Beitrag zu einem tieferen Verständnis und zu einem besseren Umgang mit diesen Herausforderungen leistet.

Ich wünsche uns allen eine lebhaft und erfolgreiche Debatte.

Vielen Dank!